

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident André Kuper: Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen zu unserer 163. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Ganz herzlich gratulieren wir dem Abgeordneten Kollegen Carsten Löcker von der Fraktion der SPD zum Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Vor Eintritt in die Tagesordnung weise ich im Nachgang zu Tagesordnungspunkt 1 der gestrigen Plenarsitzung Herrn Abgeordneten Sven Tritschler auf die Einhaltung der parlamentarischen Ordnung hin und erteile ihm eine **nichtförmliche Rüge**. Herr Abgeordneter Tritschler hat sich in einem Tweet zu Tagesordnungspunkt 1 unter anderem gegenüber dem Vorsitzenden der Fraktion der FDP und gegenüber Minister Dr. Joachim Stamp in unparlamentarischer Weise geäußert. Das ist der Würde des Parlaments nicht angemessen.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass sich das Präsidium am 31. Januar 2022 unter anderem auf Folgendes verständigt hat: Das parlamentarische Ordnungsrecht wird künftig über die traditionelle Funktion im Plenum hinaus gegen bestimmte im Netz adressierte Äußerungen von Abgeordneten eingesetzt, die im unmittelbaren und direkten zeitlichen Zusammenhang zu einer parlamentarischen Debatte erfolgen. Ordnungsmaßnahmen für Äußerungen im Internet bzw. in den sozialen Medien erfolgen dann, wenn die getätigte Äußerung im Parlament ebenso mit einer Ordnungsmaßnahme geahndet würde.

Über diese Verständigung sind die Fraktionen informiert worden. Zudem hat der Ältestenrat diese Verständigung in seiner Sitzung am 19. Januar 2022 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Weiterhin weise ich vor Eintritt in die Tagesordnung darauf hin, dass wir **den ursprünglich für gestern als Tagesordnungspunkt 5 vorgesehenen Antrag** der Fraktion der AfD „Demonstranten und Spaziergänger nicht gängeln und verteufeln, sondern ernst nehmen. – Versammlungsfreiheit achten!“, Drucksache 17/16474, **heute als Tagesordnungspunkt 5** beraten.

Ich rufe jetzt auf:

1 Die Energiewende schlägt zurück – Abzocke von wehrlosen Stromkunden

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16543

In Verbindung mit:

Mitte der Gesellschaft und Wirtschaft entlasten – stark gestiegene Energiepreise

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16544

Die Fraktion der AfD sowie die Fraktionen von CDU und FDP haben jeweils mit Schreiben vom 14. Februar 2022 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Abgeordneten Loose für die AfD das Wort.

Christian Loose^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit meiner heutigen Rede wende ich mich vor allen Dingen an alle kritischen Stimmen in Ihren Parteien; es gibt in jeder Partei Leute, die nachdenken, und kritische Stimmen. Die anderen werden mich nach dieser Rede sicherlich nicht mehr ganz so mögen.

Beginnen wir und begeben uns in eine Welt, in der ich Ihnen heute die unverblühte Wahrheit über Ihre Energiepolitik offenbare. Dazu begeben wir uns in ein Gedankenspiel:

Nehmen Sie an, Sie wären Mitarbeiter in einem Energiekonzern im Jahr 2016. Sie merken, dass der EEG-Strom, ausgelöst von der Regierung durch massive Subventionen, in den Markt drängt und den kompletten Markt überschwemmt.

Jetzt überlegen Sie sich, was Sie tun könnten. Sie müssen Kraftwerke abschalten, weil die Gaskraftwerke nicht mehr laufen. Sie müssen Mitarbeiter entlassen. Eigentlich würden Sie dann sagen: Okay, ich unterhalte mich mal mit E.ON, RWE und Vattenfall, und wir schauen uns gemeinsam an, wie wir den Markt bereinigen können, wie wir Kraftwerke abschalten können, um den Preis wieder in eine normale Zone zu bringen. – Aber halt! Das ist natürlich verboten. Das wäre ein Kartell, und es ist gut, dass das verboten ist.

Was aber machen Sie, liebe Politiker? Sie machen genau das. Sie schalten reihenweise Kraftwerke ab.

Sie schalten die Braunkohle-, die Steinkohle- und die Kernkraftwerke ab und verknappen damit den Markt.

Dann lassen Sie es auch noch zu, dass die Konzerne nun ihre billigsten Kraftwerke, die modernsten Kraftwerke abschalten. Die Konzerne schalten nicht die teuersten Kraftwerke ab, nein, sie schalten die billigsten, die modernsten Kraftwerke mit 45 % Wirkungsgrad ab. Wissen Sie, was dann passiert? Der Preis geht noch weiter nach oben, wenn die billigsten Kraftwerke vom Markt gehen.

Wenn Sie die Grundrechenarten ein bisschen beherrschen würden, dann hätten Sie das alles sehen können. Sie verknappen das Angebot. Sie treiben den Preis nach oben. Wissen Sie, was dann passiert? Die Konzerne kommen gar nicht mehr aus dem Lachen heraus.

Aber ich richte mich ja nur an die kritischen Stimmen hier im Saal. Schauen Sie einmal nach links und rechts. Da ist Ideologie gepaart mit Dummheit und Beliebigkeit am Werk und setzt genau diese Politik um.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Unverschämtheit!)

Das ganze Ausmaß hätten die Bürger so gar nicht mitbekommen, wenn nicht die gleichen Kollegen EU-besoffen und klimahysterisch die Zertifikate für CO₂ in der EU auch noch massiv verknappen würden. Dadurch steigt der Preis auf das Acht-, auf das Zehnfache. Wissen Sie, wie hoch der Preis jetzt allein schon durch die CO₂-Zertifikate angestiegen ist? Er ist um 8 Cent angestiegen.

Dann Herr Sundermann, fordert Ihr Minister Weil aus Niedersachsen in einer Bundsratsinitiative, dass der Industriestrompreis auf 4 Cent gesenkt werden soll, dabei sind alleine 8 Cent durch die CO₂-Zertifikate entstanden – 8 Cent! 4 Cent minus 8 Cent: Wie soll das funktionieren, Herr Sundermann? Das ist einfach unglaublich, meine Damen und Herren.

(Dietmar Brockes [FDP]: Der ist gar nicht da!)

Wenn das nicht die dümmste Energiepolitik der Welt ist, dann weiß ich nicht mehr, was dümmer sein kann, wobei Sie es immer wieder schaffen.

Sie bringen uns in Deutschland in eine doppelte Abhängigkeit von Gas. Zum einen zwingen Sie die Leute, weil sie bestimmte Heizungen nicht mehr einbauen dürfen. Sie dürfen die Ölheizung nicht mehr einbauen. Die Gasheizung dürfen sie ab 2025 wahrscheinlich auch nicht mehr einbauen, weil Sie die Baustandards erhöhen. Die alten Strom- und Gasheizungen aber, die noch bestehen, dürfen bleiben.

Das Gleiche machen Sie zum anderen mit dem Strommarkt. Sie schalten die Braunkohle-, die Steinkohle- und die Kernkraftwerke ab, und es bleibt nur noch Gas übrig. Damit haben Sie eine doppelte Abhängigkeit von russischem Gas geschaffen.

Mitten in dieser Situation gießt dann die Völkerrechtlerin Annalena Baerbock noch Öl ins Feuer. Nord Stream 2 – nein, das blockieren wir.

Wissen Sie was? Putin kommt auch nicht mehr aus dem Lachen heraus, der ist ein Quasimonopolist. Sie sagen: Nein, wir wollen gar nicht mehr Gas. – Das ist für ihn wunderbar. Er ist Gewinnmaximierer und kein Umsatzmaximierer.

Eines ist auch noch besonders schön: Sie helfen den Franzosen mit ihren Kernkraftwerken. Zum einen hat die EU jetzt beschlossen, dass diese nachhaltig sind. Zum anderen treffen die Franzosen die CO₂-Preise, die 8 Cent, überhaupt nicht.

Meine Damen und Herren, das ist das beste Programm, das Sie für Putin und für die Franzosen machen können.

Wissen Sie, was dann passiert? Dann haben Sie keinen Industriestrompreis von 4 Cent, sondern von 15 Cent und einen Endkundenpreis von 45 Cent. Das erkennen Sie jetzt schon. An der Börse können Sie die Preise bis in die Jahre 2027/2028 sehen. Im nächsten Jahr sind wir bei 14 Cent pro Kilowattstunde. Das sind die reinen Börsenstrompreise. Dazu kommt noch die EEG-Umlage, dazu kommen noch Steuern, dazu kommen Netzkosten etc. Bei der EEG-Umlage wollen Sie ein bisschen wegnehmen, aber das kommt dann aus einer anderen Tasche.

Das alles ist doch jetzt schon eingeloggt. Bis zum Kalenderjahr 2028 sind die Preise bei über 9 Cent pro Kilowattstunde, und Sie fordern 4 Cent. Das ist überhaupt nicht mehr machbar.

Jetzt gibt es nur zwei Möglichkeiten, das Ganze wieder zu bereinigen:

Zum Ersten könnten Sie Kraftwerke wieder in den Markt bringen, aber nicht nur Gaskraftwerke. Sie brauchen einen breiten Energiemix. Sie brauchen die Braunkohle, Sie brauchen die Steinkohle, Sie brauchen Kernkraftwerke. Sie müssen das Gegenteil von Ihrer Abschaltpolitik machen, um den Preis wieder zu senken.

Zum Zweiten könnten Sie auf EU-Ebene wieder CO₂-Zertifikate in den Markt geben, wie Sie es schon vor ein paar Jahren gemacht haben. Da haben Sie verknapp. Sie müssten die Zertifikate jetzt entweder in den Markt geben oder das EU-Zertifikatesystem ganz abschaffen.

Denn am Ende profitieren die Franzosen. Da geht die Industrie hin wegen der günstigen Strompreise, während wir in Deutschland am Ende daniederliegen.

Ich spreche die Kritischen unter Ihnen an: Schauen Sie nach links und rechts. Schauen Sie sich an, wer das Ganze zu verantworten hat, wer die dümmste Energiepolitik der Welt zu verantworten hat. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Loose. – Für die CDU spricht der Abgeordnete Dr. Untrieser.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie, Herr Loose, davon sprechen, das sei die dümmste Energiepolitik, dann fällt mir dazu ein: Das war mit Abstand einer der dümmsten Beiträge, die ich seit längerer Zeit an diesem Podium hier gehört habe.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Es war wieder alles durcheinandergeworfen. Es war vielleicht an der einen oder anderen Stelle ein richtiger Ansatz, aber Sie vermengen, Sie vermischen alles.

Am Skurrilsten fand ich, dass Sie sagen: Die Energiekonzerne kommen aus dem Lachen nicht mehr heraus, weil sie sich jetzt eine goldene Nase verdienen. – Wenn Sie sich auskennen würden bei den Stadtwerken, bei vielen Energieversorgern, dann wüssten Sie, dass die gerade massive Probleme haben, weil die Preise so gestiegen sind und sie die Menschen mit Strom versorgen müssen.

(Helmut Seifen [AfD]: Das sind keine Energieerzeuger! Also, sagen Sie mal!)

Unterhalten Sie sich mal mit denen, wenn Sie in einem Aufsichtsrat sind – und die meisten der Kollegen hier sind ja im Aufsichtsrat von kommunalen oder anderen Unternehmen –, dann werden Sie feststellen, dass sie massive Probleme haben.

(Christian Loose [AfD]: Das sind keine Energieerzeuger!)

Sie sagen diesen Leuten, dass sie aus dem Lachen nicht mehr herauskommen. Sie verkennen völlig die Welt. Das ist ein Hohn für die Energieversorger in Nordrhein-Westfalen, und es ist auch ein Hohn für die Menschen, die auf vernünftige Energiepreise angewiesen sind, Herr Loose.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wahr ist – deswegen treffen wir uns heute Morgen sinnvollerweise zu dieser Debatte –, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie auch die Unternehmen in diesem Land für Energie tiefer in die Tasche greifen müssen.

Ich danke der Landesregierung, dass sie mit ihrer Initiative im Bundesrat das Thema auch auf die Tagesordnung gesetzt hat. Denn natürlich gibt es Möglichkeiten, das Problem zu lösen, und wir kommen dazu.

Zu Jahresbeginn mussten Verbraucher also für Energie 20,5 % mehr zahlen als im Jahr davor. So meldet es dpa. Vor allem Heizöl ist stark im Preis gestiegen, um 51,9 %, Erdgas um 32,2 %. Das sind ganz markante Preissteigerungen.

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat gerade in dieser Woche berechnet, dass sich allein für das Heizen für eine Familie mit einem normalen, durchschnittlichen Verbrauch von 20.000 Kilowattstunden Mehrkosten von 1.000 Euro ergeben. Benzin und Diesel haben sich auch stark verteuert; wir sehen das, wenn wir an den Tankstellen vorbeifahren. Die Spritpreise sind um 24,8 % gestiegen, Strom ist um 11,1 % gestiegen. Das bedeutet für eine Familie – das sind auch wieder Zahlen der Verbraucherzentrale – Mehrkosten von ungefähr 140 Euro, wenn man von einem Drei- bis Vierpersonenhaushalt ausgeht.

Die Gründe dafür sind allerdings vielfältig, und sie sind – das hat Herr Loose auch wieder nicht verstanden – vor allem in den Weltmärkten zu finden. Wir sehen weltweit, dass die Wirtschaft glücklicherweise wieder anzieht. Seit dem Frühjahr 2021, nach den harten Lockdowns überall auf der Welt, steigt die Nachfrage nach Energie. Das führt zu höheren Preisen.

Dann gibt es noch den China-Australien-Konflikt, es gibt Trockenheit in Südamerika und dort deswegen weniger Einspeisungen aus Wasserkraft. Alles das sind Ursachen und Gründe, die sich weltweit niederschlagen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Zu nennen ist natürlich auch der Konflikt mit Russland. Wir hatten heute Morgen in der Parlamentariergruppe NRW-USA eine Dame aus der US-Administration hier und haben uns darüber unterhalten, was die Situation in der Ukraine mit unseren Gaspreisen auf dem Weltmarkt macht. Selbstverständlich hat alles das Auswirkungen.

Gleichzeitig sind unsere Speicherstände relativ niedrig. Man hätte vermutlich mehr Gas einlagern müssen. Im letzten Jahr war die Erzeugung aus erneuerbaren Energien aber auch verhältnismäßig niedrig – wenig Wind und wenig Sonne. Auch das hat einen Preiseffekt. Wäre die Erzeugung höher gewesen, würde sich das auf die Preise auswirken.

Mit dem Anstieg vor allem der Gaspreise erhöhte sich auch der Strompreis an der Börse. Er war viermal so hoch wie zu Beginn des Jahres.

Meine Damen und Herren, was ist denn jetzt zu tun? Grundsätzlich glauben wir natürlich an den Markt. Wir können ihn auch gar nicht einschränken. Energie muss an den Weltmärkten gehandelt werden. Grundsätzlich ist es gut, dass Preise Knappheitssignale setzen und dann für eine gerechte Verteilung und Innovationen sorgen.

Deswegen ist auch die CO₂-Bepreisung mittels eines Marktes der einzig vernünftige Weg, wie wir in Europa zu einem wirksamen und effektiven Klimaschutz kommen. Es ist richtig, dass CO₂ einen Preis erhält. Der wird in der Zukunft auch ansteigen. Allerdings

muss dieser Preisanstieg einigermaßen so ausfallen, dass sich die Menschen kurz- und mittelfristig daran anpassen können.

Die letzte Bundesregierung hat sinnvollerweise mit der CO₂-Besteuerung einen Pfad aufgesetzt, dass CO₂ Jahr für Jahr ein bisschen teurer wird, aber so, dass die Verbraucher damit klarkommen. Das ist der richtige Weg.

Jetzt haben wir aber eine Situation, in der der Staat doch noch mal eingreifen muss, indem er die eigenen gesetzten Preisen senkt. Das sind im Energiebereich vor allem Steuern, Abgaben und Umlagen.

Wie gesagt, die Landesregierung hat in den Bundesrat Vorschläge eingebracht. Die möchte ich hier noch mal bekräftigen und nennen:

Erstens. Die EEG-Umlage muss abgeschafft werden, und zwar vollständig. Es ist ein erster Schritt gegangen worden. Zum 01.01. dieses Jahres ist die EEG-Umlage auf 3,7 Cent abgesunken. Der nächste Schritt wird vermutlich auch kommen. Aber bitte, liebe Bundesregierung, machen Sie das schnell. Wir brauchen eine vollständige Absenkung der EEG-Umlage, weil dadurch die Menschen entlastet werden.

Zweitens. Wir müssen die Stromsteuer senken bzw. ganz abschaffen. Auch die Stromsteuer ist eine anachronistische Regelung. Sie kommt aus einer Zeit, in der man meinte, Strom müsse teuer sein, damit man sorgfältig und sparsam damit umgeht. Die Stromsteuer heute ist aber nicht mehr vernünftig. Strom, der immer mehr aus erneuerbaren Energien kommt, muss günstiger werden. Deswegen muss die Stromsteuer möglichst schnell abgeschafft werden.

Drittens. Wir brauchen eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie. Denn wir haben gerade eine skurrile Situation. Die Preise sind hoch, und dadurch profitiert der Staat, weil er mehr Geld durch die Mehrwertsteuer einnimmt. Ich habe das Pi mal Daumen ausgerechnet. Im Haushalt des Bundesfinanzministers müssten allein dadurch, dass die Preise im Januar 2022 höher sind als im Januar 2021, zusätzlich 3 Milliarden Euro sein. Das ist letztlich Geld der Verbraucher bzw. des Steuerzahlers. Wir sollten dieses Geld durch eine Senkung der Mehrwertsteuer und der Energiesteuern wieder an die Bürger zurückgeben.

Ein vierter Punkt, den ich noch anführen möchte, ist etwas kompliziert, und ich glaube, den meisten Bürgerinnen und Bürgern ist er gar nicht bekannt. Es geht um das EEG-Konto. Das EEG-Konto ist mit ungefähr 12 Milliarden Euro prall gefüllt.

Präsident André Kuper: Die Redezeit, bitte.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ich komme relativ schnell zum Ende.

Das ist ein Mechanismus, bei dem ein Windkraftbetreiber Geld vom Staat bekommen hat, und der Übertragungsnetzbetreiber hat den Strom an der Börse verkauft. In früheren Zeiten war es immer so, dass er dafür nicht genug Geld bekommen hat. Nun ist es andersherum. Die Preise sind so hoch, dass der Staat von diesen Einnahmen profitiert. Deswegen liegen 12 Milliarden Euro auf dem EEG-Konto. Wahrscheinlich wird das mit Ende der EEG-Umlage Mitte des Jahres oder Ende des nächsten Jahres auch nicht ausgeglichen werden.

Diese 12 Milliarden Euro ...

Präsident André Kuper: Herr Kollege, die Redezeit ist deutlich überschritten.

Dr. Christian Untrieser (CDU): ... müssen an die Verbraucher zurückgegeben werden. Wir werden sehr genau darauf achten, dass diese hohen Geldzahlungen an die Verbraucher zurückfließen. Das ist sinnvolle Energiepolitik, die die Verbraucher schützt. – Ganz herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Für die FDP spricht der Abgeordnete Brockes.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die stark gestiegenen Energiepreise sind für Verbraucher und Unternehmen eine schwere Last und lassen sie mit Sorge in die Zukunft schauen. Die Energiepreise waren im Januar 20,5 % höher als im Vorjahreszeitraum. Allein Erdgas war mehr als 23 % teurer.

Nordrhein-Westfalen ist besonders von dem hohen Energiepreisniveau betroffen. Wir sind das bevölkerungsreichste Bundesland und größter Energie- und Industriestandort. Ein Drittel der energieintensiven Industrie Deutschlands ist hier beheimatet.

Die hohen Energiepreise gefährden sowohl die Akzeptanz der Energiewende bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern als auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und Betriebe.

Wirtschaftlich kommen wir gerade mit einigem Schwung aus der Coronakrise heraus. Die Auftragsbücher der Unternehmen sind voll, und alle Zeichen stehen auf Erholung der Wirtschaft. In Nordrhein-Westfalen werden in diesem Jahr voraussichtlich 100.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Aber die hohen Energiekosten drohen zum Bremsklotz für diese Erholung zu werden. Im produ-

zierenden Gewerbe sind viele Produktionsprozesse vom Gas als Energiequelle abhängig. Hohe Kosten und geringe Verfügbarkeit bremsen die Produktion. Aufträge können nicht termingerecht erfüllt werden. Viele Unternehmen können die gestiegenen Kosten nicht an ihre Kunden weitergeben, und bei einigen Unternehmen führt die Unsicherheit über die Kostensituation auch dazu, dringend notwendige Investitionen nicht zu tätigen.

Die hohen Energiepreise haben viele Ursachen. Dazu zählen coronabedingte Lieferengpässe oder auch die künstliche Verknappung beim Gas im Zuge der Ukraine Krise. Es gibt aber nicht nur externe Ursachen. Da müssen wir uns als Politik ehrlich machen. Die hohen Energiepreise sind auch hausgemacht. Wir leisten uns seit Jahren die teuersten Strompreise in Europa und die teuerste Energiewende der Welt. Den Ausbau der erneuerbaren Energien finanzieren wir mit der EEG-Umlage über die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Meine Damen und Herren, wir Freie Demokraten haben es immer gesagt und tun dies jetzt: Wir brauchen endlich Entlastungen bei den Energiekosten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deshalb freut es mich sehr, dass Bundesfinanzminister Christian Lindner nun für eine rasche Abschaffung der EEG-Umlage sorgen wird. Es freut mich aber auch, dass diejenigen, die jahrelang regiert haben und Entlastungen hätten durchführen können, das aber nie getan haben, dies nun ebenso unterstützen. Es freut mich, dass diejenigen, die die Abschaffung der EEG-Umlage immer als Frontalangriff auf die erneuerbaren Energien gesehen haben, nun dazu bereit sind.

Die Abschaffung der EEG-Umlage führt zu einer erheblichen Vereinfachung bei den Förderbedingungen für erneuerbare Energien und vereinfacht es auch, Speicher in unserem Land zu bauen, da ein großer Kostenfaktor wegfällt. Damit können wir den Ausbau der Erneuerbaren erheblich beschleunigen und mittel- bis langfristig die Energiepreise senken.

Die erneuerbaren Energien sind jetzt nahezu wettbewerbsfähig. Wir müssen nun endlich ihr gesamtes Potenzial entfesseln.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Eine Finanzierung über die Verbraucher ist dafür nicht mehr notwendig. Ich sage auch: Die Abschaffung der EEG-Umlage ist ein guter, ein wichtiger erster Schritt, es müssen aber weitere Entlastungen kommen.

Dazu muss die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß abgesenkt werden. Kurzfristig sollte auch über die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf den Strompreis nachgedacht werden. Es ist gut,

dass die Landesregierung mit Professor Pinkwart dem Bund über den Bundesrat in der letzten Woche konkrete Vorschläge gemacht hat, wie die Versorgungssicherheit mit Gas gewährleistet werden kann.

Wir müssen mehr Reservebildung beim Gas durch größere Ausschreibungsmengen anreizen. Der Bund sollte den Aufbau einer nationalen Gasreserve prüfen, und wir müssen mehr Kapazitäten für Flüssiggas schaffen, damit wir nicht mehr so abhängig vom russischen Gas sind.

Meine Damen und Herren, wenn die Energiewende jetzt mit wettbewerbsfähigen Energiepreisen für die Industrie und erträglichen Strompreisen für die Verbraucherinnen und Verbraucher gelingen soll, dann müssen wir auch über Versorgungssicherheit und Entlastungen nachdenken. Dafür werden wir Freie Demokraten weiterkämpfen und so dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen zum modernsten und klimafreundlichsten Industrieland in Europa wird, in dem es sich zu leben lohnt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die SPD hat der Abgeordnete Herr Bell das Wort.

(Sarah Philipp [SPD]: Da geht er an der leeren Regierungsbank vorbei!)

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Man fragt sich schon, Herr Loose, warum Sie einen Antrag auf eine Aktuelle Stunde aufgrund der Entscheidung des Gerichtes in Köln stellen, aber dann mit keinem Wort darauf eingehen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das, was Sie hier gemacht haben, war schlichtweg ein erratic und skurriler Auftritt,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja!)

der der Würde dieses Hauses nicht entspricht.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN – André Stinka [SPD]: So ist das! – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Sie sollten sich allen Ernstes etwas mehr prüfen, anstatt hier schauspielerisches Talent für Ihre Videodinger an den Tag zu legen. Ich glaube, das täte uns allen gut.

Ich möchte nur zwei Sätze zur Klarstellung zu Ihrem Antrag auf eine Aktuelle Stunde sagen. Sie haben in dem Antrag geschrieben:

„Ähnlich wie beim exemplarischen Fall Stromio GmbH, haben eine Reihe anderer Strom-Dis-

counter die Versorgung ihrer Kunden um den Jahreswechsel eingestellt und die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt.“

Ich will hier nur klarstellen: Die Stromio GmbH ist nicht insolvent. Der Verdacht besteht, dass die Stromio GmbH Strommengen, die sie für ihre Kunden beschafft hatte, schlichtweg auf dem Markt zu deutlich überhöhten Preisen veräußert hat und dann ihre Kunden nicht mehr beliefern konnte und wollte. Das ist skandalös und aus unserer Sicht rechtlich nicht haltbar. Dagegen hätten Sie hier mal auftreten und sich zum Fürsprecher dieser Kunden machen sollen.

(Beifall von der SPD und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der CDU)

Deswegen – das will ich klar sagen – unterstützen wir die Forderung des VKU, zu prüfen, ob es hier eine weitere rechtliche Kontrolle braucht, um solche Vorgänge in Zukunft zu unterbinden. Das wird auf Bundesebene geprüft.

Der Antrag von CDU und FDP hat ja die Bundesratsinitiative der Landesregierung zum Thema in diesem Hohen Haus gemacht. Zeitgleich ist heute Morgen im Bundestag ebenfalls über die gestiegenen Energiepreise debattiert worden.

Ich will die Vielzahl an Initiativen und Debattenbeiträgen heute hier nicht wirklich benennen, sondern einige Punkte bezeichnen, die aus Sicht der Sozialdemokratie in diesem Haus bei der Frage, welche Punkte miteinander verabredet werden können, notwendig sind.

Deswegen als Erstes: Bei den zu ergreifenden Maßnahmen werden wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Frage der sozialen Dimension der gestiegenen Energiepreise deutlich gewichten. Es ist nicht egal, welche Lenkungswirkung avisierte Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten haben. Die Zeit titelte am 10. Februar 2022: „Asoziale Kälte“. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Da im Moment so viel von der Monsterinflation die Rede ist, hier ein paar Zahlen zum Gruseln: Die ärmsten zehn Prozent der Haushalte in Deutschland haben in den zurückliegenden Jahren etwa 50 Euro im Monat für ihre Gasheizung ausgegeben, in diesem Jahr dürfte es fast das Doppelte sein, rund 90 Euro. Das wären dann fast 15 Prozent des durchschnittlichen verfügbaren Einkommens in dieser Bevölkerungsgruppe. Nur damit die Wohnung warm ist. Diese Berechnungen hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung angestellt, und sie zeigen: Die Energieversorgung wird in diesem Winter zur sozialen Frage. [...] Das teure Gas also zeigt: Die ökologische Transformation lässt sich nicht allein über Preise erzwingen. Zumindest nicht, wenn es dabei einigermaßen gerecht zugehen soll. In Preisen schlagen sich Angebot und Nachfrage nieder,

aber keine sozialen Wertmaßstäbe. Gas wird zwar für alle teurer, aber wer mehr Geld hat, den belastet das weniger. Haushalte mit einem mittleren Einkommen werden in diesem Jahr nur rund 5,7 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Heizkosten ausgeben müssen – weniger als halb so viel wie Geringverdiener.“

Deswegen will ich für uns sehr deutlich sagen, dass wir froh sind, dass die Bundesregierung diese Frage bereits mit dem entsprechenden Zuschuss für die Wohnkosten in den Blick genommen hat. Gleichzeitig sind in den letzten Tagen auch sehr interessante Diskussionsbeiträge hierzu erschienen. Ich will an den Diskussionsbeitrag des IMK der Hans-Böckler-Stiftung erinnern oder auch an den Diskussionsbeitrag des breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses, das gestern vorgeschlagen hat, die Einführung einer Klimaprämie entsprechend vorzuziehen. Diese Klimaprämie ist ja unter dem Begriff „Klimageld“ im Koalitionsvertrag entsprechend abgebildet. Ich darf auch daran erinnern, dass Svenja Schulze bereits 2019 für die Einführung einer Klimaprämie eingetreten ist und dafür geworben hat. Das war aber in der Großen Koalition nicht durchsetzbar. Das ist die Realität.

Deswegen wird es Zeit, und ich finde es richtig, dass diese Frage jetzt in den Fokus gerät und wir hier möglichst rasch Lösungen bekommen. Das betrifft auch – das will ich deutlich sagen – einen Mobilitätszuschuss, um die entsprechenden Auswirkungen der gestiegenen Energiekosten abzufedern. Wir brauchen hier eine soziale Kompensation in unserem Land.

Zweitens. Wir teilen die Auffassung, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in unserem Land durch die steigenden Energiekosten gefährdet ist. Ich will das ausdrücklich in Richtung des Wirtschaftsministeriums sagen. Das gilt natürlich besonders für die energieintensiven Industriebranchen, die in Nordrhein-Westfalen einen starken Besatz haben. Wir wollen einen starken Standort NRW sichern. Dazu gehören ausdrücklich auch wettbewerbsfähige Energiekosten. Insoweit gibt es hier keinen Dissens zu den Formulierungen der Bundesratsinitiative der Landesregierung.

Drittens – das geht in Richtung der FDP-Fraktion –. Die Frage der finanziellen Auswirkung auf den Bundeshaushalt wird natürlich gleichfalls zu diskutieren sein, aber das hat sicherlich auch die antragstellende FDP-Fraktion im Dialog mit dem Bundesfinanzminister im Blick.

Ich finde, zusammengefasst, dass es sich lohnt, hier über den besten Weg für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen zu ringen. Es ist doch auch klar, dass hier bei den zu findenden Lösungen eine fraktionsübergreifende Zusammen-

arbeit sinnvoll wäre, alleine schon wegen der ausdifferenzierten politischen Situation im Bundesrat.

Einen Hinweis will ich mir noch in Richtung Herrn Dr. Untrierer erlauben. Zurzeit ist ja der Ruf nach Schnelligkeit sehr beliebt, aber nach vier Jahren Wirtschaftsminister Buddha Altmaier, der sich durch vieles, aber sicherlich nicht durch Dynamik ausgezeichnet hat, finde ich persönlich, dass die kritische Selbstreflexion der Union anders aussehen sollte.

(Beifall von der SPD)

Ich empfehle hier die avisierte Bescheidenheit und Gesprächsfähigkeit. Dann könnte zum Schluss bei dem Thema vielleicht etwas zusammengehen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Bell. – Für die Grünen spricht nun die Abgeordnete Frau Brems.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute irgendwie den Eindruck gewonnen, CDU und FDP suchen ihre neuen Rollen. In Berlin ist die CDU nicht mehr in der Regierung, also müssen nun die Ministerpräsidenten der Länder ran und Anträge im Bundesrat stellen. Dann nimmt die CDU einen solchen eigenen Bundesratsantrag auch noch zum Anlass für eine Aktuelle Stunde heute im Landtag. Das ist natürlich effizient, aber ich habe mich schon gefragt, ob das wirklich Ihr Anspruch sein kann.

Die Frage der Energiepreise, die Ursachen des Anstiegs, die kurz- und mittelfristigen Handlungsmöglichkeiten der Politik sind eine sehr spannende Frage. Ich diskutiere das auch gerne mit Ihnen. Aber, alle von Ihnen geforderten Maßnahmen liegen in der Verantwortung der Bundesregierung. Sie präsentieren heute – Sie haben auch in der Diskussion nichts gebracht – keine einzige Maßnahme, wie Sie als Landesregierung die Menschen und Unternehmen entlasten könnten.

Ich finde das einfach nur schwach. Kaum ist die CDU im Bund in der Opposition, macht sie selbst das, was sie sonst gerne zum Anlass nimmt, nämlich sich hier der Diskussion zu verweigern und eine bundespolitische Debatte im Landtag zu führen. Spannend! Schwarz-Gelb ist in NRW anscheinend schon selbst auf dem Weg in die Opposition.

(Beifall von den GRÜNEN und Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Aber, wie gesagt, ich lasse mich gerne auf die Diskussion ein und möchte einen Blick auf die Vorschläge von Ministerpräsident Wüst und Minister-

präsident Söder zum Umgang mit den Energiepreisen werfen.

Zunächst einmal die Frage der Abschaffung der EEG-Umlage. Das ist kein neuer Vorschlag, sondern ein Punkt, der längst in der Diskussion ist, auch in der Bundesregierung. Das wird die Haushalte und Unternehmen um bis zu 7 Milliarden Euro entlasten – das ist gut und richtig –, aber ist gleichzeitig – das muss man auch klar sagen – eine gewaltige Belastung für den Bundeshaushalt.

Dann kommen die beiden weiteren Forderungen obendrauf. Sie fordern eine Mehrwertsteuersenkung von 19 auf 7 %. Allein für den Strombereich würde das eine Belastung für den Bundeshaushalt von 11,8 Milliarden Euro zusätzlich bedeuten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Haben aber auch Einnahmen!)

Wenn Sie dann noch die Stromsteuer quasi abschaffen wollen, dann hätten Sie eine weitere Belastung von 6,5 Milliarden Euro für den Bundeshaushalt.

Ich muss sagen: Ende des vergangenen Jahres hatte der mittlerweile Ex-Fraktionschef Ralf Brinkhaus die CDU noch als eine konstruktive und ausgewogene Oppositionspartei beschrieben. Ich frage mich aber: Konstruktiv? Ausgewogen? – Woher soll denn das ganze Geld dafür kommen? Dazu kein Wort von Ihnen. Ihre Vorschläge sind zudem nicht nur unseriös, sie sind auch ungerecht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn Sie wollen diese Milliarden dann im Gießkannenprinzip verteilen. Die gestiegenen Energiepreise belasten aber vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen. Sie gilt es zu entlasten, und darauf gehe ich gleich noch mal ein.

Gleichzeitig ist es so – das verkennen Sie hier und heute in dieser Debatte und in den entsprechenden Anträgen –, dass wohlhabendere Haushalte mehr Energie verbrauchen. Sie würden also von den von Ihnen vorgeschlagenen Entlastungen überproportional profitieren. Soziales Gewissen ist hier also Fehl-anzeige.

Die Vorschläge und Ideen, die es aus den grünen Ressorts der Bundesregierung gibt, haben dabei die soziale Gerechtigkeit im Blick und setzen da an, wo die Probleme wirklich liegen.

Noch einmal kurz zurück zum Thema „EEG-Umlage“. Hier geht es darum, dafür zu sorgen, dass diese Entlastung auch bei allen wirklich ankommt. Das ist gerade rechtlich zu prüfen. Damit nicht diese ganzen Milliarden bei den Energieversorgern bleiben, muss klargemacht werden, dass das weitergegeben wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dazu gibt es hier und an anderen Stellen keine Aussagen von Ihnen.

Ein weiterer Vorschlag auf Bundesebene von den grünen Ressorts ist ein Heizkostenzuschuss, der kommen wird. Hiermit entlastet die Bundesregierung gezielt und unbürokratisch Haushalte mit niedrigem Einkommen.

Ein weiterer Vorschlag: der Kindersofortzuschlag. Ich bin optimistisch, dass auch dieser kommen und insbesondere Familie mit Kindern effektiv entlasten wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann kommen wir noch zum Thema „Aufteilung des CO₂-Preises zwischen Vermieterinnen und Mieterinnen“. Nachdem die GroKo da im letzten Jahr in der unsäglichen Diskussion – hauptsächlich verhindert durch die Union-Bundestagsfraktion – einfach nicht weiter gekommen ist, liegt jetzt wirklich ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch. Ich bin sehr optimistisch, dass wir hier sehr bald eine faire Lösung sehen werden.

Ein weiterer Aspekt, der eben auch schon angesprochen wurde: Perspektivisch brauchen wir darüber hinaus das Klimageld, um weitere Entlastungen hinzubekommen.

Dann gäbe es auch noch Punkte, die Sie als Landesregierung in dieser Situation tun könnten. Sie könnten die Förderprogramme für Heizungsaustausch und energetische Sanierung aufstocken oder Angebote wie Stromspar-Checks der Caritas oder von Verbraucherzentralen unterstützen.

Sie aber machen es sich hier einfach nur bequem, indem Sie mit dem Finger auf den Bund zeigen – das kennen wir auch von anderen Debatten.

Die Bundesregierung wird ein sozial ausgewogenes Paket vorlegen, und zwar bald. Darauf können Sie sich verlassen. Dann sehen Sie hier mit Ihrem plumphen Populismus auch wirklich ziemlich alt aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Last but not least kann ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, nicht ersparen, wovor Sie sich, glaube ich, schon die ganze Zeit fürchten und was Sie auch immer nicht hören wollen: Die erneuerbaren Energien müssen schneller ausgebaut werden.

Gucken wir uns doch einmal an, woher die aktuell gestiegenen Energiepreise kommen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Wir sehen aktuell eine fossile Inflation. Das kommt nicht von der Energiewende, wie gerade die FDP ein bisschen suggeriert hat, sondern es gibt einen sprunghaften Anstieg der weltweiten Nachfrage nach

fossiler Energie und in der Folge eine Explosion vor allem der Erdgaspreise.

Das verteuert nicht nur die Wärmeversorgung, sondern die teuren Erdgaskraftwerke sind auch häufig an der Strombörse preissetzend.

Fakt ist aber: Die Blockade des Ausbaus der erneuerbaren Energien der Bundesregierung der letzten 16 Jahre hat uns in diese Situation geführt. Das ist hausgemacht, Herr Brockes, und nicht andere Aspekte.

(Zuruf)

Hätte Deutschland schon viel früher konsequent den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützt, wären wir heute schon wesentlich unabhängiger von den Preisentwicklungen der fossilen Energien.

(Dietmar Brockes [FDP]: Die EEG-Umlage war der Bremsklotz!)

– Herr Brockes, das ist totaler Quatsch, was Sie hier reinbrüllen. Das stimmt einfach vorne und hinten nicht.

(Dietmar Brockes [FDP]: Doch!)

Als Ihre FDP im Wirtschaftsministerium war,

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie haben die ganzen anderen Erneuerbaren dadurch ausgebremst!)

haben Sie doch eine wirtschaftliche Entwicklung der erneuerbaren Energien ausgebremst. Das haben Sie doch gemacht. Natürlich.

(Beifall von den GRÜNEN und René Schneider [SPD])

In Ihrer Zeit ist die Verteuerung gekommen in der Photovoltaik, und es wurde nicht weiter daran gearbeitet, die erneuerbaren Energien auszubauen. Denn genau das ist es, was uns unabhängig macht und die Preise senkt.

Die Konsequenz muss doch sein, dass wir die Aufmerksamkeit darauf konzentrieren,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen, denn sie drücken den Preis an der Strombörse. Damit sorgen sie für langfristig stabile und sinkende Preise.

Packen Sie sich also an Ihre eigene Nase, anstatt nach Berlin zu zeigen. Werden Sie hier aktiv, wo Sie Verantwortung tragen, und beenden Sie Ihre Erneuerbare-Energien-Blockade hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Brems. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Professor Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um auf die aktuell hohen Energiepreise zu reagieren und zukünftigen Energiepreiskrisen vorzubeugen, braucht es eine Mischung aus kurzfristigen und systembezogenen Maßnahmen.

Verbraucherinnen und Verbraucher wie Unternehmen sind von den aktuell hohen Energiepreisen erheblich betroffen. Beschaffungspreise für Strom und Erdgas in den Energiemärkten sind aufgrund verschiedener Ursachen – pandemiebedingte, konjunkturelle und technische Gründe, Wetterbedingungen und klimapolitische Beschlüsse sowie geopolitische Konflikte – drastisch gestiegen.

Um kurzfristig die Belastungen zu mindern und zukünftigen Energiepreiskrisen vorzubeugen, braucht es ein Paket dringlicher Maßnahmen, die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung in den Bundesrat in der vergangenen Woche eingebracht worden sind.

Angesichts der enormen Anstrengungen, die nach bisherigen Zeitmaßstäben im Zeitraffer erfolgen müssen, bedarf es zudem einer Transformation auch der Politik, um Energie- und Klimaschutzmaßnahmen schneller umzusetzen.

Frau Brems, da reicht es nicht, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Das ist schon ganz schön simpel.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie stellen in Baden-Württemberg seit 2013 den Ministerpräsidenten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dann gehen Sie doch nach Baden-Württemberg in den Landtag!)

Schauen Sie sich einmal den Ausbau der Erneuerbaren in einem Land an,

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist das einzige Argument? Ganz schwach!)

in dem die Steinkohleverstromung mittlerweile die Hauptenergieversorgung geworden ist,

(Zurufe – Glocke)

weil Sie die Erneuerbaren da nicht tatkräftig ausgebaut haben. Das muss man sich doch auch einmal bitte vor Augen führen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Strom als Schlüssel ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sind wir in Baden-Württemberg am Landtag, oder was?)

– Naja, es ist doch bemerkenswert, wenn Sie sich das anschauen: Seit 2019 wird hier in Nordrhein-Westfalen ein Vielfaches mehr an Erneuerbaren ausgebaut als in Baden-Württemberg.

Dann hätten die doch längst vor uns sein müssen, wenn Sie uns hier glaubhaft und begründet kritisieren wollen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Sie müssen nicht so schreien! – André Stinka [SPD]: Wir sind hier in NRW, Herr Pinkwart!)

– Dann bitte ich doch mal um Faktengegenüberstellung. Sie beschimpfen diese Landesregierung, wir täten nicht genug, und da, wo Sie mitregieren, bleiben Sie hinter allen Zielen zurück. Das ist doch Fakt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Strom als Schlüssel zur Klimaneutralität muss bezahlbar bleiben. Indem Strom immer wichtiger für die Erreichung der Klimaziele wird, muss er von staatlichen Steuern und Abgaben entlastet werden, und dies möglichst nachhaltig.

Eine in den letzten Jahren erheblich gestiegene Belastung stellt die EEG-Umlage dar. Daher begrüßen wir, dass sich die Bundesregierung auf den Weg macht, die EEG-Umlage möglichst noch zur Mitte dieses Jahres abzuschaffen.

Sie werden sich daran erinnern, dass ich hier wiederholt in den letzten Jahren genau auf diesen Punkt aufmerksam gemacht habe.

(Dietmar Brockes [FDP]: Genau!)

Denn sie verteuert nicht nur den Strom. Sie ist – Frau Brems, das habe ich auch wiederholt vorgetragen – in erheblichem Maße sozial ungerecht, denn sie belastet die Haushalte mit kleinen Einkommen um ein Vielfaches mehr als Haushalte mit mittleren und höheren Einkommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dazu habe ich hier die RWI-Studie vorgetragen.

Ich weiß noch, als ich das in der Energieministerunde vor einigen Jahren vorgetragen habe. Da haben mich viele grüne Energieminister ganz ungläubig angeschaut, was ich mit dem Thema dort wollte. Jetzt kommen wir endlich dazu, dass die Umlage abgeschafft wird, und das ist vor allem aus sozialen Gründen der richtige Schritt.

Aber es ist auch der richtige Schritt mit Blick auf die Förderung der erneuerbaren Energien, denn das EEG hat mittlerweile nicht mehr zwölf Paragraphen wie 2002, sondern 100 Paragraphen. Die meisten Paragraphen des EEG sind geschaffen worden, um die EEG-

Umlage einigermaßen organisieren zu können. Das ist mittlerweile so kompliziert geworden wie das deutsche Steuerrecht. Das ist doch in Wirklichkeit der Fall.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Deswegen müssen wir raus damit, damit wir die Erneuerbaren wieder einfacher fördern können in unserem Land.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wir müssen dort auch raus, weil der Mittelstand stark betroffen wird, der nämlich nicht die Entlastung von der EEG bekommt. Auch müssen die Betriebe endlich einen Weg gewiesen bekommen, die eine Sonderregelung hatten, dann Energie eingespart haben mit der Folge, dass sie dann die EEG-Umlage bezahlen mussten. Das ist auch widersinnig, wenn wir wirklich ernst machen wollen mit Energieeinsparungen und Klimaschutz.

Das muss jetzt endlich abgeräumt werden. Für Nordrhein-Westfalen heißt das ...

(Zuruf)

Frau Brems, Sie haben gefragt, worüber reden wir hier. Wir reden nicht über den Bund, wir reden auch über Nordrhein-Westfalen,

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ja, eben!)

denn es betrifft uns alle – 18 Millionen Menschen hier.

Wenn die EEG-Umlage fällt, wird Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr um 4 bis 5 Milliarden Euro entlastet: die Verbraucherinnen und Verbraucher, der Mittelstand und der industrielle Mittelstand, der in den vergangenen 20 Jahren Millionen in die EEG-Umlage gezahlt hat, die man besser in die Innovation der Betriebe hätte investieren können.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Natürlich setzen wir uns auch für weitere Senkungen von Energiekosten ein, die auch schon von Herrn Untrierer und Dietmar Brockes genannt worden sind, zum Beispiel im Bereich der Stromsteuer.

Darüber hinaus gibt es viele weitere Vorschläge für die dringend notwendigen kurz-, mittel- und langfristigen Entlastungen, die auch in der Debatte genannt worden sind.

Entscheidend ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Richtung und die Wirkung stimmen. Die Strompreise müssen runter – jetzt und für die Zukunft. Das muss das Ziel unseres Handelns sein.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir haben natürlich auch Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten gesehen bei der Thematik „Grundversorgung“. Ich habe hier deutlich gemacht – hier ist auch das Land zuständig, die Landeskartellbehörde –, dass wir auch im Rahmen der Missbrauchskontrolle darauf achten werden, dass für diejenigen, die in die Grundversorgung gehen mussten, die Tarife angemessen gestaltet werden, dass vor allen Dingen, wenn die Strompreise an den Märkten wieder heruntergehen, auch schnell die Grundversorgungstarife angepasst werden. Das wird das Landeskartellamt entsprechend überprüfen, auch im Nachhinein. Auch das halte ich für wichtig, damit es für unsere Verbraucherinnen und Verbraucher fair zugeht.

Was wir uns noch wünschen würden, ist, dass es auch für Unternehmen die Möglichkeit gibt, eine Art Kontrahierungszwang auch bei den Grundversorgern zu finden. Das Problem ist bislang noch nicht gelöst. Hier sind wir mit dem Bund und den anderen Ländern im Gespräch, ob wir hier auch gerade für die kleinen Betriebe Lösungen anbieten können.

Entscheidend wird sein, damit wir die Strompreise mittel- und langfristig nach unten bekommen und dort stabil halten, dass wir zweierlei tun. Das eine ist, wir müssen bei den Erneuerbaren schneller vorankommen, wir müssen schneller vorankommen beim Netzausbau, wir müssen schneller vorankommen bei den Speichern, die wir brauchen, und wir müssen auch schneller vorankommen bei der Schaffung eines Kapazitätsmarktes. Wenn wir idealerweise 2030 aus der Kohle herauswollen,

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

dann müssen wir jetzt auch neue Gaskraftwerke bauen, und dafür brauchen wir gesicherte Rahmenbedingungen. Nur dann wird es möglich sein, dass die Preise stabil bleiben.

Und beim Gas? Hier möchte ich vier Punkte nennen:

Erstens. Damit wir Gas in hinreichender und bezahlbarer Weise verfügbar haben, muss der Import von Flüssiggas ausgeweitet werden. Hierzu können die bestehenden LNG-Anlandeterminals in Seebrügge und Rotterdam besser ausgelastet werden. In Deutschland müssen die avisierten Projekte weiterentwickelt werden. Dies wird aber ohne ein staatliches Anreizsystem für den Ausbau der LNG-Terminals kaum möglich sein. Hier muss die Bundesregierung handeln.

Zweitens muss die Gasinfrastruktur Pipelinespeicher erhalten und ausbauen, auch um den Übergang von Erdgas zu klimaneutralen, wasserstoffbasierten und synthetischen Gasen abzusichern. Vor allem in Verbindung mit dem Import klimafreundlicher Gase können neue Möglichkeiten des Bezugs aus den Niederlanden und Norwegen sowie mittel- und langfristig

aus dem arabischen und afrikanischen Raum entstehen. Da war auch gestern die große Afrika-Europa-Konferenz von entscheidender Bedeutung. Wir müssen enger zusammenrücken, auch in diesem Themenfeld.

Drittens – und das ist mir ganz besonders wichtig – muss die Reservebildung deutlich verbessert werden. Bedingt durch das aktuelle Marktdesign ist kein Markt im Moment dafür verantwortlich, frühzeitig ausreichende Gasmengen für die deutsche Gasversorgung in Speichern einzulagern. Anstelle einer strategischen Reserve wurden auf Bundesebene Ausschreibungsoptionen für kurzfristige sogenannte Short-Term-Balancing-Services und für langfristige Lieferungen zum Ende des Winters Long-Term-Options eingeführt, um Reservebildungen anzureizen. Diese müssen frühzeitig und in ausreichender Höhe ausgeschrieben werden, um bei einem strengen Winter eine Mindestkapazität zum Ende der Heizperiode sicherzustellen.

Ebenso halte ich eine strategische nationale Gasreserve als Ultima Ratio der Gasversorgungssicherheit für notwendig. Ich habe dies bereits vor Monaten an den Bundesenergieminister herangetragen. Eine entsprechende Prüfung dieser Maßnahme ist Teil unserer Bundesratsinitiative.

Viertens – und auch hier können wir als Land und auch die Kommunen sehr viel tun –: In den Haushalten müssen die Nah- und Fernwärmesysteme beschleunigt auf eine dezentrale Versorgung durch alternative Wärmequellen wie Biomasse, Großwärmepumpen, Geothermie oder auch Abfallverbrennungsanlagen und Abwärmenutzung von Industrieunternehmen umgestellt werden.

Wenn Gas für uns so wichtig ist und auch für die Stromversorgung weiter wichtiger wird, müssen wir Gas auf eine breitere Grundlage stellen. Wir brauchen viele Lieferquellen für das Gas, wir brauchen sichere und bezahlbare Lieferquellen. Hier muss Deutschland, die Länder, wir alle besser werden. Ich glaube, das haben wir in den letzten Monaten gespürt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Letzter Gedanke – ich habe das auch im Bundesrat vorgetragen –: Wir müssen uns ehrlich machen, und ich will das als Ihr Energieminister sagen. Wir haben das wiederholt in der Debatte gehabt. Wir haben uns noch einmal – Bund und Länder – ehrgeizige Klimaziele gesetzt. Wir haben uns das Ziel gesetzt, aus der Kernenergie auszusteigen. Vor uns liegen wenige Jahre bis 2045, bis zur Klimaneutralität. Das sind noch 23 Jahre. Wir müssen – Bund und Länder und diese Gesellschaft – jetzt auch den Mut aufbringen, in all das, was wir brauchen und was uns auf Dauer niedrigere und stabilere Energiepreise bringen wird – davon bin ich felsenfest überzeugt, und das sagen auch alle Experten –, zu investieren. Der Weg dahin muss noch besser gestaltet werden. Wir brauchen

die Verkürzung von Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsverfahren. Deutschland muss jetzt die Ärmel hochkrempeln und gemeinsam handeln, dann haben wir auch eine große Chance, klimaneutral und bezahlbar sicher Energie für unsere Menschen zur Verfügung zu stellen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Professor Pinkwart. – Durch die Überziehung der Redezeit der Landesregierung haben nachfolgende Rednerinnen und Redner die Möglichkeit, bis zu vier Minuten zu überziehen.

Die nächste Reihe der Anmeldungen kommt aus der CDU-Fraktion. Der Abgeordnete Herr Hovenjürgen hat das Wort.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Aber nicht so schreien!)

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank, Herr Professor Pinkwart, für die klaren Worte und natürlich auch für die Bereitschaft, zu sagen, wir müssen uns ehrlich machen. Das sollten wir alle im Hause beherzigen.

Deswegen auch meine erste Zuwendung an Sie, Frau Brems: Es wäre schön, wenn wir uns alle gemeinsam ehrlich machten, und dazu gehört im Übrigen zum Beispiel auch, Frau Brems, hier nicht die Ausfallbürgschaft des Landes zu fordern, wenn man selbst auf Bundesebene die KfW-Mittel zusammenstreicht. Da sollte man dann auch die Ehrlichkeit besitzen, das hier mal zu sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: War das nicht Herr Altmaier? Das war Herr Altmaier!)

Oder ein weiterer Hinweis: Wir haben die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, in alternative Heizformen zu investieren. Wir haben sie zum Beispiel in den letzten zwei Jahrzehnten aufgefordert, Pelletheizungen zu installieren, und müssen jetzt lesen, dass das Bundesumweltamt auffordert, dieser Förderung einzustellen und keine Förderungen für Holzpellettheizungen zu machen. Da muss sich jeder, der sich dort auf den Weg gemacht hat, fragen: Wofür eigentlich? Das gehört zum Ehrlichmachen mit dazu, Frau Brems.

(Beifall von der CDU)

Dass wir den Mut besitzen, aus der Kernkraft auszusteigen, ist das eine, dass wir aber nicht den Mut besitzen, schon heute zu sagen, wie wir mit dem Müll verfahren, das andere. Dass wir uns gemeinsam auf ein Verfahren geeinigt haben,

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

das bis 2050 geregelt zu haben, zeigt, dass wir alle gemeinsam wissen, was auf uns zukommt, wenn wir den Standort für ein Endlager festlegen müssen, was wir dort erleben werden. Deshalb glaube ich, wir haben alle gemeinsam eine Verantwortung für die Energiepolitik, für das, was auf uns zukommt. Herr Bell, da bin ich bei Ihnen, wir müssen das parteiübergreifend lösen, aber dann muss man sich auch auf den Weg machen, das zu wollen. Sie haben Herrn Altmaier als Buddha betitelt. Sie wissen, dass Buddha übersetzt „Der Erwachte“ heißt. So viel Ehre hätte ich Ihnen gegenüber Herrn Altmaier gar nicht zugetraut.

(Beifall von der CDU)

Insofern an dieser Stelle auch noch mal die Bereitschaft, das zu tun, aber dann muss man dies auch gemeinsam leisten.

Zur Wahrheit gehört auch dazu, dass wir natürlich bei der Energiewende – wir haben uns auf den Weg gemacht, und das war eine gemeinsame Haltung, dass wir das wollen – die Menschen und die Folgen, die auf sie zukommen, nicht aus den Augen verlieren dürfen. Das gilt insbesondere für die wirtschaftlich Schwächsten. Deswegen finde ich es gut, dass die Bundesratsinitiative Nordrhein-Westfalens stattgefunden hat und wir auch eine gewisse Zustimmung Ihrerseits – so habe ich Sie verstanden, Herr Bell – zumindest zum großen Teil zur Kenntnis nehmen konnten. Das ist auch gut so.

Richtig ist aber auch – und da bin ich wieder bei Frau Brems –, dass die Energiekostenentwicklung nicht nur die Ärmsten trifft, sondern jeden, der sich jeden Tag auf den Weg macht, der sein Auto nutzen muss, jeden, der pendelt, jeden, der eine junge Familie hat, jeden, der ein Haus gebaut hat. Alle sind im Bereich der Kostenentwicklung letztendlich davon betroffen. Ich kann nur sagen: Auf sie haben wir Rücksicht zu nehmen. Wir können nicht rücksichtslos über die Befindlichkeiten und über die fiskalischen Problemstellungen in den Familien hinweggehen, sondern wir müssen zur Kenntnis nehmen, wir dürfen die Menschen mit den Energiekosten nicht überlasten. Ich bin froh, dass die NRW-Koalition dies so klar benennt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen noch einmal der Hinweis: Wir haben die Möglichkeit, diese Energiewende zum Erfolg zu verhelfen. Dazu gehört es, sich ehrlich zu machen, dazu gehört, die Schwierigkeiten zu benennen, dazu gehört dann aber auch, die Bereitschaft zu entwickeln, die dafür notwendigen Maßnahmen zu flankieren. Der Wirtschaftsminister hat es eindeutig gesagt: Dazu brauchen wir die Verkürzung von Planungszeiten, und dafür brauchen wir auch die Akzeptanz von Vorhaben. Wenn ich Verkehr von der Straße bekommen will, brauche ich zusätzliche Schienenstrecken. Wenn ich diese Schienenstrecken bauen will, muss

ich sie bauen können. Ich muss sie in vertretbarer Zeit bauen können, und ich darf dann vor Ort nicht den Widerstand organisieren, dass sie gebaut werden. Das ist nämlich Verlogenheit in der Politik, wenn das dann so stattfindet.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP] – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Eine Energiewende, lieber Herr Kollege Mostofizadeh, muss man zu Ende denken. Dazu muss man Bereitschaft entwickeln, eine Konsequenz an den Tag zu legen,

(Zuruf von Christian Loose [AfD] – Weitere Zurufe – Glocke)

dass die Maßnahmen auch umgesetzt werden können. Diese Konsequenz vermisste ich insbesondere bei den Grünen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Denn immer, wenn es vor Ort um die Realisierung von Maßnahmen geht, sind Sie die Ersten, die Widerstand leisten. Das ist Ihr großes Problem in der Realität, um das mal ganz deutlich zu sagen. Das geht bis zu Windrädern, die Sie bekämpfen und die vor Ort Kritik auslösen. Am Ende besteht immer das Problem: Wenn es vor Ort zum Schwur kommt, sind diejenigen, die auf keinen Fall dabei sind, sehr häufig die lieben Kollegen der Grünen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist ein lächerlicher Anwurf!)

– Lächerlicher Anwurf? – Lieber Kollege,

(Zurufe)

ob es die Pipelines sind, die wir benötigen, um Stoffe von A nach B zu transportieren,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Erbärmlich!)

gegen die Sie sich zur Wehr setzen, oder Oberleitungen, die geführt werden sollen. Sie setzen sich dagegen zur Wehr, dass der Strom von der Nordsee und von der Ostsee letztlich ins Binnenland kommt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wo?)

All das führt zu Widerstand bei den Grünen vor Ort, bei Umweltverbänden etc.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nein! Markus Söder macht das!)

Machen Sie sich an dieser Stelle ehrlich. dann sind wir ein ganzes Stück weiter!

(Zurufe von Thorsten Schick [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Diese Konsequenz erwarte ich dann auch. Hier in Düsseldorf die Forderung an die Landesregierung

aufzustellen, etwas zu bewegen, aber vor Ort keinen Beitrag zu leisten, dass man schnell genug und zügig genug weiterkommt, ist einfach in hohem Maße unehrlich.

Wenn Sie sich ehrlich machen, sich in einer gewissen Art und Weise einfach mal in die Reihe begeben und ernsthaft sagen würden „Wir ziehen das gemeinsam durch, wir leben auch mit dem Widerstand vor Ort, weisen ihn zurück und suchen nach Wegen, wie wir Planungsvorhaben beschleunigen können“,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Genau! Jetzt aber!)

dann kämen Sie zur Gesprächsernsthaftigkeit zurück. Bis heute habe ich sie nicht erkannt – ganz im Gegenteil: Was Sie mit Ihrem Regierungshandeln in den sieben Jahren bis 2017 auf den Weg gebracht haben, lag am Tag, nachdem Sie aus der Regierung ausschieden, schon nicht mehr in Ihrer Verantwortung.

Den Braunkohlentagebau haben Sie mit Ihrem Koalitionspartner begleitet. Am Tag, an dem Sie in die Opposition gekommen sind, hatten Sie mit allen Entscheidungen nichts mehr zu tun.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Das nenne ich unehrliche Politik. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Schön für den Parteitag; interessiert draußen nur keinen Menschen! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ich nehme das als Lob, Herr Kollege!)

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schon bemerkenswert, dass CDU und FDP eine Aktuelle Stunde beantragen, dann aber inhaltlich nicht wirklich etwas zu den Punkten beitragen, sondern sich ausschließlich an uns abarbeiten. Das scheint an dieser Stelle die Priorität zu sein.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Weil eben die Forderung angeklungen ist, sich ehrlich zu machen, möchte ich gerne auf die Energiepreise eingehen und darauf, wer eigentlich wie entlastet werden sollte. Wir Landtagsabgeordnete, die Leute auf der Regierungsbank, wir alle sind die Wohlhabenden in diesem Land. Wir sind nicht diejenigen, die bei den Energiepreisen als Allererste entlastet werden müssen. Nein, warum sollten wir denn

genauso entlastet werden wie die alleinerziehende Mutter, die die Belastung wirklich spürt? Wir müssen an der Stelle doch sozial gerecht sein und nicht einfach mit der Gießkanne vorgehen.

(Beifall von den GRÜNEN und Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Unter diesem Aspekt müssen wir auch über einen besseren Schutz vor Strom- und Gassperren sprechen. Es darf nicht sein, dass Kinder in Deutschland im Winter in einer unbeheizten Wohnung lernen müssen. Das ist ein wichtiger Aspekt, den wir angehen müssen.

Wir müssen dann auch über die Regulierung und das Verhalten von Energieversorgern sprechen. Ich finde es schon bezeichnend, dass auch die Regulierungskammer von Nordrhein-Westfalen noch im November in einer Pressemitteilung deutlich gemacht hat, dass höhere Preise für Neukunden völlig in Ordnung seien. Das wurde daraufhin ja auch umgesetzt.

Das hat viele Menschen wirklich vor die nächsten Probleme gestellt, die nämlich von den unlauteren Methoden mancher Anbieter betroffen waren, in die Grundversorgung zurückgefallen sind und wie in meiner eigenen Kommune auf einmal bei Strompreisen von über 90 Cent pro Kilowattstunde gelandet sind. Dem muss von den entsprechenden Behörden Einhalt geboten werden; dafür gibt es auch hier in Nordrhein-Westfalen eine Verantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin auch der Meinung – das habe ich eben beim Thema „EEG-Umlage“ angesprochen –, dass es nicht sein kann, dass die Politik für Entlastungen sorgt und davon am Ende die Energieversorger profitieren, nicht aber die Menschen. Wir müssen schauen, ob es eine effektivere Kontrolle der Preise auf den Energiemärkten durch die Bundesbehörden geben muss, aber an manchen Stellen auch durch die Länder, wo sie zuständig sind.

Ich halte es schon für ein krudes Verständnis von Marktwirtschaft, das sich hier und heute wieder einmal auch bei CDU und FDP zeigt: Bloß keine Eingriffe in den Markt, obwohl klar ist, dass Sachen nicht funktionieren. Der Staat soll, bitte schön, mit Milliarden Euro in die Bresche springen. – Ich finde, das ist ein seltsames Vorgehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte darauf zurückkommen, was Sie uns hier vorwerfen. Dass Sie immer wieder Ihre Leier von Baden-Württemberg aufgreifen, ist schon ein bisschen peinlich.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Dietmar Brockes [FDP]: Regieren Sie da nicht mehr?)

– Wir sind hier im Land Nordrhein-Westfalen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Ah!)

Ich regiere nicht in Baden-Württemberg.

(Dietmar Brockes [FDP]: Dann gucken wir doch mal, was Sie an Erneuerbaren ausgebaut haben!)

Wir sind doch für dieses Land verantwortlich. Der Minister ist für dieses Land verantwortlich und kann doch nicht immer auf andere zeigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie dürfen hier nicht nur ankündigen,

(Unruhe – Glocke)

sondern müssen die Hemmnisse für den Ausbau der erneuerbaren Energien wirklich beenden. Sie müssen konkrete Vorschläge auf den Tisch legen. Herr Minister Pinkwart, ich habe dazu seit den Ankündigungen vom Dezember noch nichts gehört.

Ich glaube, dass die nächste Woche, in der Wirtschaftsminister Robert Habeck zu Ihnen kommen wird, etwas unangenehm werden dürfte; dann können Sie sich nämlich auch nicht herausreden. Jedes Bundesland ist verantwortlich, auch dieses. Sie müssen mit konkreten Vorschlägen kommen und können nicht immer nur auf Baden-Württemberg zeigen.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

Zeigen Sie hier Verantwortung, und zeigen Sie, was hier geht! Im Industrieland Nordrhein-Westfalen können wir die erneuerbaren Energien ausbauen, und zwar schneller, als Sie bisher gesagt haben. Es reicht nicht, immer nur anzukündigen, sondern es muss endlich gemacht werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Jetzt, Herr Kollege Haupt, haben Sie für die FDP-Fraktion das Wort.

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gestiegenen Beschaffungspreise für Strom und Erdgas sind in der Tat eine riesige Belastung für die Menschen in unserem Land. Sie sind eine Belastung, die bis tief in die Mitte unserer Gesellschaft reicht und Privatleute und Betriebe trifft.

Sie treibt die Leute auch zu Recht um. Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine verlässliche und berechenbare Lösung des Problems – das hat der Minister gerade auch zu Recht gesagt –, denn schließlich sind Energie und Wärme nicht irgendein Produkt, sondern sie sind ein Grundbedürfnis von uns allen, auf das wir gar nicht verzichten können. Bei einem

solch ernsten Thema hätte ich mir von Ihnen, Frau Brems, etwas weniger Wahlkampf gewünscht.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP] und Josef Hovenjürgen [CDU] – Lachen von Josefine Paul [GRÜNE] und Verena Schäffer [GRÜNE])

Selbst von der AfD hätte ich mir etwas mehr Substanz gewünscht – es ist zwar naiv, von der AfD Substanz zu erwarten – und etwas mehr Mühe bei der Beantragung der Aktuellen Stunde.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Sie setzen sich nämlich inhaltlich erst gar nicht mit dem Problem auseinander, sondern nehmen eine reißerische Überschrift,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

die gar nichts mit dem Inhalt zu tun hat,

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

und stellen den Sachverhalt nur rudimentär dar. Das wird den ernststen Sorgen der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht gerecht.

(Beifall von der FDP und von Thorsten Schick [CDU] – Zuruf von Helmut Seifen [AfD] – Zurufe von den GRÜNEN – Glocke)

Wie das geht, wenn man sich ernsthaft mit den Problemen der Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzt,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Kalendersprüche!)

können Sie im Antrag der Koalition aus FDP und CDU zu dieser Aktuellen Stunde sehen; die Drucksache liegt Ihnen vor.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die EEG-Umlage ist bereits erwähnt worden; sie schlägt mit einem Anteil von 10,7 % bei der Strompreiszusammensetzung zu Buche. Die Bundesregierung will mit dem Vorziehen der Abschaffung der EEG-Umlage zu einer wichtigen Entlastung beitragen. So sinkt seit Jahren zum ersten Mal der Anteil der Steuern und Abgaben auf Strom von 51 % auf 40 %. Daran sieht man, dass es durchaus richtig ist, dass bei Rot-Grün auch die FDP mit in der Regierungsverantwortung ist.

(Beifall von der FDP)

Auch der schon beschlossene Heizkostenzuschuss für arme Menschen in unserem Land geht in die richtige Richtung; er ist ein erster Schritt. Aber damit wird es nicht getan sein. Was wir brauchen, ist eine dauerhafte berechenbare Lösung, damit steigende Energiekosten im Wohngeld abgebildet werden können.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Zudem müssen wir schauen, dass eine Überprüfung des Energiekostenanteils in den Regelsätzen nach dem Sozialgesetzbuch entsprechend Berücksichtigung findet.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Richtig!)

Die Energiefrage darf nicht zur sozialen Frage werden;

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

denn die Energiekosten sind die Brotkosten des 21. Jahrhunderts.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wie stark Geringverdiener belastet sind, hat der Kollege Bell schon gerade gesagt. Sie geben mittlerweile gut 15 % ihres Einkommens allein dafür aus, dass die Wohnung warm wird. Viel größer aber ist der Anteil derjenigen, die keinen Anspruch auf Leistung haben, die jeden Tag trotz eher kleineren Einkommen arbeiten gehen, aber nur ein unterdurchschnittliches Einkommen haben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist es!)

Wir dürfen diese Menschen nicht vergessen, die etwas zu viel für die staatlichen Leistungen verdienen.

(Beifall von der FDP, Josef Hovenjürgen [CDU] und Thorsten Schick [CDU])

Es braucht faire Energiepreise sowohl durch Entlastungen bei den Energiekosten – etwa bei der Mehrwertsteuer auf Energie oder der Stromsteuer – als auch durch faire Wettbewerbsbedingungen. Da sind wir ganz bei Ihnen auf dem Energiemarkt.

Energielieferanten, die plötzlich die zugesagte Belieferung ihrer Kunden einstellen, um eingekaufte Energie auf dem Strommarkt zu Höchstpreisen zu vergolden, sind auch aus Sicht der FDP natürlich nicht hinnehmbar.

(Beifall von der FDP, Josef Hovenjürgen [CDU] und Thorsten Schick [CDU])

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass die Verträge, insbesondere im Energiemarkt, Bestand haben und eingehalten werden. Es ist eben nicht hinnehmbar, dass unseriöse Anbieter sich zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Wir brauchen einen fairen Wettbewerb der Seriösen und Ehrlichen zugunsten der Verbraucher. Da bin ich auch froh, dass die Verbraucherzentrale diesen Wettbewerb mit uns zusammen auch unterstützt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die heutige Situation auf dem Energiemarkt ist einer Vielzahl von

Faktoren geschuldet und sehr komplex – scheinbar zu komplex für den einen oder anderen Redner hier heute. Aber wir alle stehen in der Pflicht,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Dort, wo die Politik diese Faktoren beeinflussen kann, unsere Möglichkeiten auch zu nutzen, und zwar egal, auf welcher Ebene, ob Land, ob Bund, ob EU, und egal, wer da regiert. Da geht mein besonderer Appell an Sie, liebe grünen Kolleginnen und Kollegen: Setzen Sie sich bitte auf Bundesebene bei Ihren skeptischen Bundestagsabgeordneten dafür ein, dass die EEG-Umlage auch tatsächlich zum 1. Juli abgeschafft wird. Da sind Sie genauso in der Verpflichtung wie wir alle.

(Beifall von der FDP)

Das sind wir unseren Unternehmerinnen und Unternehmern und insbesondere unseren Bürgerinnen und Bürgern hier in unserem Land auch schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Haupt. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Loose.

Christian Loose^{*} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben eben von mir die Gründe gehört, warum die Strompreise so hoch sind. Allen voran sind dies die hohen CO₂-Preise und die Verknappung des Stromangebotes durch die Abschaltung von Kohle- und Kernkraftwerken. Dass ein Herr Untrieser das nicht versteht, dafür kann ich nun mal nichts. Schließlich kennt er noch nicht einmal den Unterschied zwischen Stromerzeuger und Vertriebsgesellschaften, die am Ende den Strom nur verkaufen.

Nun möchte ich Ihnen aber erzählen, was diese hohen Preise für die Menschen bedeuten. Eine mir bekannte Rentnerin hat Ende November ihren Lebenspartner verloren. Nach dem Todesfall ging die Dame zu den Stadtwerken hin, um den Abschlag zu reduzieren, da sie ja als Einzelperson deutlich weniger Strom verbraucht. Die 89 Euro Abschlag waren ihr zu hoch, und sie hat gebeten, das auf 50 Euro zu reduzieren. Da hat die Kundenberaterin gesagt: Ja, das machen wir. Kommen Sie in zwei Wochen wieder, dann haben wir das Ganze fertig gemacht.

Nach zwei Wochen ging die Dame wieder hin, am 21. Dezember, und hat dann etwas unterschrieben, auf dem auch ein Abschlag von 50 Euro stand. Diese Frau hat sich riesig gefreut, bis ich mir den Vertrag vor drei Wochen angeschaut habe. Ja, der Abschlag wurde von diesen Stadtwerken von 89 Euro auf 50

Euro reduziert. Aber der Strompreis ist von 33 Cent auf über 70 Cent erhöht worden – im gleichen Zuge.

(Helmut Seifen [AfD]: Wahnsinn!)

Diese Frau hat eine Rente, die knapp unter der Pfändungsfreigrenze, knapp über den Hartz-IV-Sätzen liegt. Diese Frau kann den Stromversorger nicht wechseln, weil sie keine ganz so gute SCHUFA hat. Und das wusste der Grundversorger, denn er hatte kurz zuvor noch eine SCHUFA-Abfrage gemacht – kurz zuvor.

Doppelte Strompreise und die finanzielle Notlage dieser Person, Herr Untrieser – das wissen Sie sicherlich als Jurist –, das sind zwei Tatbestandsmerkmale für sittenwidrige Geschäfte – zwei Tatbestandsmerkmale. Und diese Stadtwerke sind zu 100 % in kommunaler Hand, zu 100 % in Hand der Kommune, Herr Bell. „Starker Staat“ sagen Sie immer.

Hier handelt es sich nicht um eine Frau, die vorher bei einem Billiganbieter war – nein, sie hat mit ihrem Lebenspartner mehrere Jahre in dieser Wohnung gelebt und wurde jetzt von den Stadtwerken abgezockt.

(Petra Vogt [CDU]: Das ist auch ein Selbstdarsteller!)

Und das trifft alle Bürger, die umziehen, nicht nur mit Billiganbietern. Die können auch vorher beim Grundversorger gewesen sein. Aber sie ziehen in eine andere Stadt zu einem anderen Grundversorger, haben einen schlechten SCHUFA-Eintrag und sind wieder den Grundversorgern ausgeliefert.

Diese Frau hat, wie ich schon sagte, kaum genügend Geld zum Überleben und kriegt jetzt die Erhöhung bei ihrem Gasanbieter zu spüren. Statt 6 Cent – da war es noch glimpflich – ist sie jetzt bei 9 Cent, andere sind bei bis zu 15 Cent pro Kilowattstunde gelandet – staatlicher Anbieter!

Herr Minister, wenn Sie sagen, dass Sie jetzt die Ärmel hochkrempeln wollen, dann frage ich Sie: Wo waren Sie denn all die Jahre? FDP und CDU haben 2009 bis 2014 im Bund regiert. Und da sind die EEG-Kosten von 10 Milliarden Euro auf 18 Milliarden Euro gestiegen. Dann haben Sie eine Abschaltpolitik vorgenommen. Sie haben Kernkraftwerke abgeschaltet, Sie haben Kohlekraftwerke abgeschaltet, ob Braunkohle- oder Steinkohlekraftwerke. In dieser Situation haben Sie die Versorgungssicherheit verschärft. Sie haben die Preise damit in die Höhe getrieben. Denn die Preise sind immer dann hoch, wenn der Wind nicht liefert und die Grenzkraftwerke zum Zuge kommen.

Dann haben wir die Abhängigkeit vom Gas. Das war nicht nur in Deutschland so, auch in England, wo es viele Windkraftanlagen gibt. Auch die liefen im Sommer nicht. Und die Gasspeicher haben sich nicht gefüllt. Der Stand war zum Herbst nicht so, wie er sein sollte. Hätten wir jetzt nicht einen milden Winter,

dann hätten wir eventuell einen Blackout bekommen beim Strom, aber ganz sicher einen Blackout bei den Heizungen, Herr Minister.

Wenn Sie jetzt davon sprechen, Sie wollen die Ärmel hochkrempeln, dann gehen Sie doch weiter mit dem Kopf durch die Wand. Sie machen diese Politik weiter. Diese Rentnerin kann nicht die Ärmel hochkrempeln. Diese Rentnerin muss jetzt einen zweiten Pullover anziehen, weil sie sich die Heizkosten nicht mehr leisten kann. Das sind die Folgen Ihrer Politik. Diese Rentnerin steht beispielhaft für all die Opfer Ihrer Energiepolitik. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Für die Landesregierung spricht Herr Professor Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zur Debatte noch einige Punkte beitragen. Zunächst einmal, Herr Loose, ich hatte hier deutlich gemacht: Das Zielniveau hat sich verändert. Das ist bei Ihnen noch nicht angekommen, oder Sie wollen es gar nicht wahrhaben. Aber das Zielniveau hat sich verändert, auch noch einmal in den letzten zwölf Monaten.

Deutschland hat sich noch viel mehr vorgenommen, als wir das bisher schon getan hatten – und auch dieses Bundesland. Sie nehmen daran möglicherweise nicht teil, aber es ist Wirklichkeit, es ist Gesetz. Wir müssen danach handeln, und danach muss Deutschland handeln. Das setzt voraus, dass wir die Ärmel aufkrempeln.

Wenn ich mir die Debatte von gestern vor Augen führe, haben Sie doch überhaupt kein Interesse, an diesem Aufkrempeln teilzunehmen. Sie wollen doch die Erneuerbaren nicht vorantreiben. Sie wollen sie ausbremsen. Damit werden Sie die Energiepreise in diesem Land auf Dauer nicht senken, sondern erhöhen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie werden die Wirtschaft nicht fördern, Sie werden ihr schaden. Das müssen Sie nur mal zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ein zweiter Punkt: Liebe Frau Brems, Sie meinen, ich hätte etwas gegen die Politik in Baden-Württemberg. Wie könnte ich darauf kommen? Ich möchte nur mit Genehmigung der Präsidentin den Präsidenten des Bundesverbands WindEnergie Hermann Albers zitieren. Der nannte die Ausbausituation in Bayern, aber auch in Baden-Württemberg – Zitat – „dramatisch

schlecht“, und zwar im Kontext auch der Bereisung, die der neue Bundesenergie- und Klimaminister Robert Habeck in Deutschland vornimmt.

Der Verband macht darauf aufmerksam, dass der Windenergieausbau im vergangenen Jahr anteilig am gesamtdeutschen Ausbau in Bayern 1 % betrug und in Baden-Württemberg 6 %. In beiden Ländern werden Kernreaktoren in diesem Jahr eingestellt. Sie haben diese Anteile, und Nordrhein-Westfalen hatte im vergangenen Jahr einen Anteil von 22 %.

(Marc Lürbke [FDP]: Aha!)

Das heißt, wir erbringen mehr als nach dem Königsteiner Schlüssel, und die anderen leisten fast nichts.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist doch die Situation, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Ich kann nur sagen: Ich freue mich sehr auf den Besuch von Herrn Habeck. Denn ich kann ihm hier vortragen, was wir in den letzten Jahren erarbeitet haben und woran wir in Zukunft arbeiten wollen. Wir haben uns vorgenommen, mit der Energieversorgungsstrategie die Windenergie bis 2030 zu verdoppeln und Photovoltaik zu verdreifachen und, wenn möglich, zu vervierfachen. Das sind exakt die Ziele, die sich die neue Bundesregierung vorgenommen hat. Insofern freue ich mich sehr auf das Gespräch.

Ich hoffe, dass andere Bundesländer den Bund bei seinen ehrgeizigen Zielen so unterstützen werden, wie sich das Nordrhein-Westfalen schon fest vorgenommen hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist doch der spannende Punkt.

Ein weiterer Punkt – das hatten Sie angesprochen –: Wenn die EEG-Umlage hoffentlich ab Sommer entfällt, dann – das stelle ich hier für die Landesregierung fest – erwarten wir, dass die Energieversorger jeden Cent Energieumlage abschaffen und an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben; das ist doch völlig selbstverständlich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben feste Tarife, aber hier wird ein Kostenfaktor genommen. Wir erwarten das, und das ist auch selbstverständlich.

Letzter Gedanke: Herr Loose, wenn Sie hier einen Einzelfall vortragen, dann hätte ich den gerne. Wir gehen jedem Einzelfall nach. Wir wollen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Rentnerinnen und Rentner, die Studentinnen und Studenten in Nordrhein-Westfalen und möglichst auch bundesweit ihren Strom bezahlen können. Es darf nicht sein, dass Unternehmen oder andere ihre Möglichkeiten

am Markt missbrauchen. Dafür haben wir Instrumente, uns dagegen zur Wehr zu setzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bitte geben Sie mir den Fall. Wir gehen dem nach. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache in Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe auf:

2 Smartes Land: Intelligente Digitalisierungskonzepte für ländliche Regionen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16483

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Schick das Wort.

Thorsten Schick^{*)} (CDU): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag „Smartes Land: Intelligente Digitalisierungskonzepte für ländliche Regionen“ beinhaltet zweierlei. Er ist ein Fazit unserer erfolgreichen Regierungspolitik, und er beinhaltet Punkte, die noch umgesetzt werden können, weil kurzfristig Handlungsbedarf entstanden ist.

Beginnen wir zunächst mit den unbestreitbaren Erfolgen der Landesregierung und der sie tragenden NRW-Koalition. SPD und Grüne hatten sich in ihrer Digitalisierungspolitik auf die großen Universitätsstädte konzentriert. Die Digihubs wurden beispielsweise in Aachen, Bonn, Düsseldorf und Münster eingerichtet. Vergleichbare Initiativen für Ost- oder Südwestfalen: Fehlanzeige. Wir machen Digitalisierungspolitik für ganz Nordrhein-Westfalen. Das heißt nicht, dass wir beispielsweise die Hubs nicht weiter unterstützen; das tun wir selbstverständlich. Uns geht es nicht um Rückabwicklung, sondern um Fortentwicklung.

Zunächst haben wir die Grundlagen für eine erfolgreiche Digitalisierung weiter geschaffen. Wir haben den Breitbandausbau verstärkt, und wir haben zusätzlich mit dem Mobilfunkpakt auch Regionen erschlossen, die unter Rot-Grün nur in Sonntagsreden vorkamen.